

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Matznetter, Mag. Moser, Renate Csörgits, Gaßner, Eder und GenossInnen
betreffend Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung der Post AG und Sicherung einer flächendeckenden, qualitativ hochwertigen Versorgung mit Postdienstleistungen sowie der Infrastruktur und der Beschäftigung im ländlichen Raum
eingebracht im Zuge der Debatte über den Dringlichen Antrag der Abgeordneten Mag. Molterer und KollegInnen betreffend Fortsetzung der erfolgreichen Börseneinführungen

Die Regierung hat den Verkauf von 49% der ÖIAG-Anteile an der österreichischen Post-AG beschlossen,

- ohne dass auch nur im Ansatz ein Strategiekonzept vorläge, wie sich die Post AG mittelfristig in welchen Geschäftsfeldern oder im Ausland entwickeln soll,
- ohne dass absehbar wäre, wie die Liberalisierung der Postdienstleistungen in der EU geregelt sein wird (das wird 2007 der Fall sein) und welche Auswirkungen das auf den Universaldienst und dessen (öffentliche) Sicherung und Finanzierung haben wird,
- ohne dass – wie in den wenigen anderen Ländern, die die Post bereits privatisiert haben (Niederlande, Deutschland) auch – im Rahmen der Privatisierung auch die Postbank als Profitträger mit auf den Weg gegeben werden kann,
- und ohne dass daher auch eine maximaler Verkaufserlös im Interesse der SteuerzahlerInnen sichergestellt ist.

Neben ideologischen Erwägungen geht es der Regierung klar erkennbar auch um das Stopfen drohender Budgetlöcher im Wahljahr. Dafür wird neuerlich öffentliches Eigentum verschleudert - und damit wieder einmal einigen Wenigen enorme, für die meisten Menschen kaum vorstellbare (Kurs-) Gewinne zugeschanzt -, die Versorgung mit günstigen, flächendeckenden Postdienstleistungen vor allem im ländlichen Raum weiter gefährdet, und zahlreiche Postämter mit der Schließung sowie MitarbeiterInnen mit der Kündigung bedroht.

Für diesen Kurs steht die SPÖ nicht zur Verfügung, ein Kurswechsel ist also erforderlich.

Die SPÖ will eine „Post, die allen was bringt“ - den Menschen und den Unternehmen in Österreich.

Die SPÖ tritt daher für eine starke Gelbe Post im österreichischen öffentlichen Eigentum ein. Die Post soll als modernes Dienstleistungs-Unternehmen eine kostengünstige, schnelle, flächendeckende und qualitativ hochwertige Versorgung der Menschen und der Unternehmen in Österreich mit Brief- und Paketdiensten sicherstellen. Nur so kann die Versorgung auch im ländlichen Raum im topografisch schwierigen Österreich sichergestellt werden.

Dieser Grundsatz gilt im übrigen auch in allen Ländern, die über große Regionen verfügen, in denen sich eine flächendeckende Versorgung rein betriebswirtschaftlich nicht rechnet. Deshalb gibt es auch nur in den Niederlanden (deren gesamte Landesfläche gleich einem Ballungsraum bei uns versorgt werden kann) und in Deutschland eine börseneingeführte Post. Auch in den USA wird das USPS (U.S. Postal Service) als rein staatliche Post mit 700.000 Beschäftigten geführt.

Die SPÖ tritt für eine zukunftsorientierte, auf Wachstum ausgerichtete Strategie der Post ein.

Daher soll dem Management freie Hand gegeben werden, die viel versprechenden Ansätze der Österreichischen Post, sich **als umfassender Logistikanbieter am Markt zu positionieren**, weiter zu entwickeln und entsprechende Strategien – auch unter Einbeziehung der Märkte in Mittel- und Osteuropa - zu erarbeiten.

Im Zusammenhang mit der **Expansionsstrategie in Mittel- und Osteuropa** sollten auch die bisher erfolgten Übernahmen von Postdienstleistungs-Anbietern evaluiert und weitere Expansionsschritte im Bereich der Brief- und Paketdienste in die Gesamtstrategie integriert werden.

Ungeeignet für einen Börsegang ist aber die flächendeckende Versorgung mit Universaldienstleistungen bis in jede Landgemeinde.

Die SPÖ tritt für eine Finanzierung der Wachstumsstrategie unter anderem auch über den Kapitalmarkt ein.

Die SPÖ ist bereit, einer zukunftsorientierten Wachstumsstrategie die Finanzierung über die in den letzten Jahren sehr erfolgreiche und aufnahmefähige Wiener Börse zu ermöglichen und damit die klassische Finanzierungsfunktion der Kapitalmärkte in Anspruch nehmen. Immerhin haben sehr erfolgreiche Unternehmen wie ERSTE, Raiffeisen, Wiener Städtische oder die ÖMV ihr Wachstum über die Wiener Börse finanziert.

Für die Post bietet sich ein Konzept an, das auch Raiffeisen sehr erfolgreich umgesetzt hat, nämlich das **Wachstumssegment in eine Tochter auszugliedern und diese an die Börse zu führen**.

Die Post sollte daher die Anleger am Wachstumspotential sowohl im Logistik-Bereich als auch im Bereich der Expansion nach Mittel- und Osteuropa im Wege einer dafür gegründeten, börsennotierten Tochter der Post AG teilhaben lassen. Die Post AG selbst könnte sich dabei auf einen strategischen Anteil von zumindest 51% zurückziehen. Damit käme auch der **Erlös aus dem Börsegang für Zwecke der Expansion der Post und nicht dem Budget** zugute.

Damit wären auch die **Risiken für die Anleger besser zu beurteilen** – als wenn (eher risikoarme) Versorgung mit Postdienstleistungen mit (riskanterer) Expansion in Richtung Logistikanbieter sowie nach Mittel- und Osteuropa in einem Unternehmen kombiniert sind.

Ein weiterer Vorteil wäre, dass die öffentliche Hand für die weitere Zukunft in unterschiedlichem Masse an der Post und ihren Dienstleistungen beteiligt sein könnte. In den Bereichen, in denen ein öffentliches Versorgungsinteresse zum Wohle des Standortes besteht, könnten zunächst die Rahmenbedingungen in Europa für die Zukunft der Postdienstleistungen abgewartet und dennoch die Expansion der Post privat finanziert werden. Ob und in welchem Ausmaß eine Privatisierung der Versorgung Österreichs mit Postdienstleistungen bei gleich bleibender Versorgungssicherheit und kostengünstigem Angebot sinnvoll und möglich ist, kann danach in aller Ruhe beurteilt werden.

Die SPÖ will jedenfalls Klarheit über die Rahmenbedingungen für die Zukunft der Gelben Post in Österreich, bevor Anteile so wie von der Regierung geplant privatisiert werden, weil hier öffentliches Interesse gegen Kapitalmarktinteresse steht.

Derzeit ist nicht klar, welche Rahmenbedingungen für die Liberalisierung der Postdienste in der EU vorgesehen sein werden – dies ist erst 2007 absehbar. Welche Auswirkungen dies auf das Unternehmen Post und seinen Universaldienst haben wird, ist daher ebenfalls unklar. Sehr wahrscheinlich ist hingegen, dass sich daraus zusätzliche Finanzierungserfordernisse für die öffentliche Hand ergeben können, wenn private, Gewinn maximierende Eigentümer am Versorgungsunternehmen beteiligt sind.

Immerhin besorgt die Post derzeit gesetzlich aufgetragene gemeinwirtschaftliche Leistungen – **Universaldienst, und insbesondere flächendeckende Zustellung zum Einheitstarif für alle Printmedien bis hin zu sozial motivierten Sondertarifen für Vereine und Kirchen bzw. Sponsoringpost für Parteien. Wer wird dafür in Zukunft aufkommen?**– Übrig blieben der ländliche Raum, dessen Versorgung nicht garantiert ist und mit weiteren Postämterschließungen konfrontiert sein wird, übrig blieben die MitarbeiterInnen, denen weitere Kündigungen oder Frühpensionierungen drohen, bedroht ist eine flächendeckende Printmedienvielfalt zu vernünftigen Preisen, und - selbst wenn den Parteien höhere Tarife zumutbar wären – Vereine und Kirche würden höhere Tarife schwer treffen! Alternativ könnte der Staat in die Presse springen, die Finanzierung ist jedoch auch hier unklar.

Die SPÖ will diese Punkte vor einem allfälligen Börsegang nicht zuletzt auch im Interesse der Anleger und im Hinblick auf einen optimalen Verkaufserlös geklärt wissen.

Damit dies möglich wird, soll die Regierung einer „**Nachdenkpause**“ bis zur Vorlage eines Expansionskonzeptes der Post und der Prüfung der Möglichkeiten einer Post-Tochter für den Börsegang zustimmen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, durch entsprechende und geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass - bevor weitere Schritte zur Veräußerung von ÖIAG-Anteilen an der Post AG gesetzt werden - die ÖIAG gemeinsam mit der Post AG eine umfassende, zukunftsorientierte, expansive und ein mehrheitlich öffentliches Eigentum an der Post AG sichernde Strategie zu erarbeiten, die insbesondere auch die folgenden Punkte berücksichtigt:

- Die Post soll als modernes Dienstleistungs-Unternehmen eine kostengünstige, schnelle, flächendeckende und qualitativ **hochwertige Versorgung der Menschen** und der Unternehmen in Österreich mit Brief- und Paketdiensten sicherstellen. Nur so kann die Versorgung auch im ländlichen Raum im topografisch schwierigen Österreich sichergestellt werden.

- Es sollen Rahmenbedingungen sichergestellt werden, die es der Österreichischen Post ermöglichen, sich **als umfassender Logistikanbieter am Markt zu positionieren**, weiter zu entwickeln und entsprechende Wachstumsstrategien – auch unter Einbeziehung der Märkte in Mittel- und Osteuropa - zu erarbeiten.

- Es sollen Rahmenbedingungen sichergestellt werden, die es der Österreichischen Post ermöglichen, eine **Expansionsstrategie in Mittel- und Osteuropa** umzusetzen und zu finanzieren, wobei auch die Brief- und Paketdienste in dieser Strategie integriert berücksichtigt werden können.

- Die **Finanzierung der Wachstumsstrategie** soll unter anderem **auch über den Kapitalmarkt** erfolgen, wobei es sich anbietet, das **Wachstumssegment in eine Tochter auszugliedern und diese an die Börse zu führen**. Dabei könnte sich die Post AG selbst auf einen strategischen Anteil von 51% zurückziehen **der Erlös aus dem Börsegang soll für Zwecke der Expansion der Post und nicht dem Budget zugute kommen**.

- Damit soll auch berücksichtigt werden, dass die flächendeckende Versorgung mit **Universaldienstleistungen bis in jede Landgemeinde für einen Börsegang ungeeignet** ist.

- **Bevor Anteile des österreichischen Postbetriebs privatisiert werden, müssen jedenfalls die Rahmenbedingungen für die Zukunft der Gelben Post in Österreich geklärt werden**, weil hier einerseits öffentliches Interesse gegen Kapitalmarktinteresse steht und andererseits Transparenz in diesen Punkten auch im Interesse der Anleger und im Hinblick auf einen optimalen Verkaufserlös erforderlich ist. Insbesondere ist zu klären, welche Auswirkungen die Liberalisierung der Postdienste in der EU auf das Unternehmen Post und seinen Universaldienst haben wird.

- In diesem Zusammenhang soll eine **Bestandsgarantie für die Postämter in den ländlichen Regionen** verankert werden und seitens der Bundesregierung ein Entwurf zur Änderung des Postgesetzes dem Nationalrat dahingehend raschest möglich vorzulegen, dass jede Postamtschließung in den nächsten fünf Jahren unterbleibt.